

Antrag

A17 NEU: DA2: Dringlichkeitsantrag: Verfassungsfeindlichkeit konsequent begegnen – Einheitliches Vorgehen gegen AfD- Mitglieder in den Strukturen des BDKJ

Antragssteller*innen: HV (dort beschlossen am: 11.05.2025)

Antragstext

1 **Die Mitgliedschaft in der AfD oder das aktive Bekenntnis zu ihrem Parteiprogramm**
2 **wird als unvereinbar mit den Grundwerten des BDKJ bewertet, wie mit dem**
3 **Beschluss „Aus christlicher Überzeugung für Demokratie! Wir zeigen klare Kante**
4 **gegen die extreme Rechte und rechten Populismus“.**

5
6 Die Einstufung der AfD als gesichert rechtsextremistische Bestrebung gegen die
7 freiheitlich-demokratische Grundordnung durch das Bundesamt für
8 Verfassungsschutz stellt eine Verschärfung im Umgang mit dieser Partei dar. Als
9 Bund deutscher katholischer Jugend, der sich auf Grundlage des christlichen
10 Menschenbildes für eine offene, solidarische und demokratische Gesellschaft
11 einsetzt, dürfen wir diese Entwicklung nicht unbeantwortet lassen.

12 Die Gefahr, die von rechtsextremen Einstellungen und AfD-nahen Positionierungen
13 ausgeht, betrifft auch die Lebenswelt junger Menschen und kann unsere Strukturen
14 unmittelbar beeinflussen. In unseren Gruppenstunden, Gremien und Veranstaltungen
15 braucht es einen klaren Schutzraum für Vielfalt, Toleranz und Menschenwürde –
16 und eine unmissverständliche Haltung gegenüber all jenen, die diese Grundwerte
17 in Frage stellen.

18 Mit diesem Antrag geben wir den Beschlüssen des BDKJ-Bundesverbandes gegen die
19 AfD und gegen Rechtsextremismus eine konkrete, verbindliche Umsetzung. Ziel ist
20 es, alle Gliederungen des BDKJ in die Lage zu versetzen, angemessen, und klar
21 mit AfD-Mitgliedschaften oder -Nähe umzugehen, Unsicherheiten zu begegnen und
22 unsere Strukturen zu schützen. Dabei geht es nicht um Pauschalurteile, sondern
23 um die Verteidigung unserer gemeinsamen Werte.

24 Die Hauptversammlung des BDKJ möge beschließen:

- 25 1. **Die Jugendverbände verpflichten sich nach Möglichkeit flächendeckende**
26 **Verfahren für den Umgang mit Mitgliedern, die Teil einer rechtsextremen**
27 **Organisation oder Partei, wie der AfD oder der Jungen Alternativen sind**
28 **oder sich in Wort und Tat offen mit deren Programmatik identifizieren,**
29 **aufrecht zu erhalten oder zu entwickeln. In der jugendpolitischen**
30 **Vernetzungsrunde des BDKJ-Bundesverbandes ist Gelegenheit für die Jugend-**
31 **und Diözesanverbände, um über Erfahrungen, Umsetzungsmöglichkeiten und**
32 **Wirksamkeit von Verfahren in Kontakt und Dialog zu bleiben.**

- 33 2. Der Satzungsausschuss wird beauftragt zu prüfen, ob ein einheitliches
34 Verfahren für einen Ausschluss von Mandatsträger*innen in BDKJ-Strukturen
35 mit rechtsextremer Gesinnung möglich und in der Satzung abbildbar ist. Das
36 Ergebnis dieser Prüfung soll der BDKJ-Hauptversammlung 2026 vorgelegt
37 werden.
- 38 3. Der BDKJ-Bundesvorstand wird beauftragt, an der BDKJ-Bundesstelle eine
39 Möglichkeit zur Dokumentation von oben genannten Fällen zu schaffen. Ziel
40 ist es, einen Überblick über rechtsextreme Vorfälle in den BDKJ-Strukturen
41 zu erhalten.
- 42 4. Der BDKJ-Bundesverband stellt Informationen zusammen, die mindestens
43 folgende Inhalte umfassen:
- 44 ◦ Informationen zu Anlauf-, Melde- und Beratungsstellen an die sich
45 Gliederungen, ehrenamtlich Engagierte und hauptberuflich Tätige
46 vertraulich wenden können, wenn konkrete Hinweise auf AfD-
47 Mitgliedschaften oder AfD-nahe Positionierungen vorliegen.
 - 48 ◦ Informationen zu den Ausschlussverfahren der Jugendverbände.
 - 49 ◦ Informationen zu den Ansprechpersonen in den Jugendverbänden.
 - 50 ◦ Darstellung der arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen (inkl.
51 kirchlichem Arbeitsrecht) zur Beendigung von Arbeitsverhältnissen
52 bei rechtsextremem Gedankengut von Arbeitnehmer*innen.
- 53 5. Der BDKJ-Bundesverband bewirbt intensiv die Angebote der
54 Netzwerkpartner*innen im Bereich Rechtsextremismusprävention.

Begründung

Am 2. Mai 2025 hat das Bundesamt für Verfassungsschutz die AfD als gesichert rechtsextremistische Bestrebung gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung eingestuft. Die AfD propagiert ein völkisches Menschenbild, verharmlost den Nationalsozialismus, hetzt gegen Migrantinnen, queere Menschen und Demokratinnen – all dies steht in direktem Widerspruch zu den Werten, für die der BDKJ einsteht.

Der BDKJ hat sich in seinen bisherigen Beschlüssen – wie z. B. „Aus christlicher Überzeugung für Demokratie! Wir zeigen klare Kante gegen die extreme Rechte und rechten Populismus“ – eindeutig gegen Rechtsextremismus und die AfD positioniert. Angesichts der neuen Einstufung durch den Verfassungsschutz ist es notwendig, diesen Beschlüssen jetzt konkrete, wirkungsvolle Maßnahmen folgen zu lassen, um unsere Strukturen zu schützen, Ehrenamtliche zu stärken und unsere Werte konsequent zu leben.

Die AfD stellt mit ihrer verfassungsfeindlichen Ideologie eine direkte Bedrohung für die freiheitlich-demokratische Grundordnung dar. Als katholischer Jugendverband mit einem klaren Wertekompass ist es unsere Pflicht, dieser Entwicklung entschieden entgegenzutreten. Ein einheitliches und konsequentes Vorgehen innerhalb des BDKJ ist notwendig, um unsere Strukturen vor rechtsextremen Einflüssen zu schützen und unsere Glaubwürdigkeit als Verfechter von Demokratie und Menschenwürde zu bewahren.